

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/151

12. August 1974

25 Jahre Deutscher Bundestag

Zur ersten Wahl am 14. August 1949

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 1 und 2 / 47 Zeilen

Augenmaß und Entschiedenheit in der Ostpolitik

Zum vierten Jahrestag des Moskauer-Vertrages vom
12. August 1970

Von Bruno Friedrich MdB
Mitglied des SPD-Vorstandes und außenpolitischer
Sprecher der SPD-Fraktion

Seite 3 und 3a / 62 Zeilen

Nationalistische Schalmeientöne

"Nationalzeitung" will Vertriebenenblätter aufkaufen

Seite 4 / 43 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Das Mekka der bundesdeutschen Maoisten"

Seite 5 bis 7 / 114 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 02 80 37-38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

25 Jahre Deutscher Bundestag

Zur ersten Wahl am 14. August 1949

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

In den letzten Wochen und Monaten ist das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, das am 23. Mai 1949 in Kraft trat, mit Recht ausführlich gewürdigt worden. Dabei ist gelegentlich etwas in Vergessenheit geraten, daß jede auch noch so gute Verfassung nur die Ordnung für eine Demokratie bieten kann, daß aber ihre Existenz und ihre Zukunft von ihren Brügern und deren Engagement abhängen. Die Prüfung für das Engagement der Bürger und deren Haltung erfolgt immer wieder in Wahlen; und so wichtig der Zusammentritt des ersten Deutschen Bundestages und seine Arbeit waren, die eigentliche Entscheidung fiel jedoch am 14. August 1949. Auch wenn der Ausgang der Wahlen seiner Zeit für die SPD nicht ohne Enttäuschung verlief, so muß doch die Wahl als Antwort der Wähler auf das Angebot der neuen staatlichen Ordnung des Grundgesetzes gesehen werden.

Nach 25 Jahren kann man es sich kaum noch vorstellen: Es war eine Wahl ohne Fernsehen, ohne Hochrechnung und ohne Meinungsforschungsinstitute, deren Voraussagen bestätigt oder dementiert wurden.

Die Wähler des Jahres 1949 hatten die erste entscheidende Probe der neuen Demokratie bestanden, in dem 25 Millionen Wähler und damit 78,5 vH. von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Wenige Monate nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes, ein Jahr nach der Währungsreform und vier Jahre nach dem endgültigen Zusammenbruch des Dritten Reiches mit seinen schrecklichen Folgen war die Wahl eine eindrucksvolle Bestätigung des Willens

zur demokratischen Gestaltung seiner staatlichen Ordnung durch das deutsche Volk gewesen.

Die im In- und Ausland vielfach geäußerte Sorge, die politischen Parteien würden in breiten Schichten der Bevölkerung keinen Widerhall finden, erwies sich als falsch. CDU/CSU, SPD und FDP verfügten schon damals über rd. drei Viertel der Wähler und Mandate.

Wenn man dem Abtreten der kleineren Parteien die SPD, CDU/CSU und FDP ein Vierteljahrhundert die deutsche Politik gestaltet und überlebt haben, so kann man bei allen Einschränkungen feststellen, daß diese Parteien seit der Wahl vom 14. August 1949 ihren Aufgaben gerecht geworden sind.

Die Wähler hatten die radikalen Parteien abgeschlagen und Parteien gewählt, die regierungsfähig und regierungsbereit waren. Die Fünf-%-Sperrklausel hatte ihre erste Bewährungsprobe bestanden, und ihre Ausdehnung auf das gesamte Bundesgebiet beschleunigte dann 1953 die Entwicklung zum jetzigen Drei-Parteien-System.

Das Wahlergebnis vom 14. August 1949 zeigte aber auch der SPD, daß sie es schwer haben würde, ohne ihre alten Hochburgen in Berlin und Mitteldeutschland die Regierungsverantwortung in der Bundesrepublik zu übernehmen. Niemand in der SPD hätte damals geglaubt, daß die von Adenauer bereits vor der Bundestagswahl von 1949 erfolgte Weichenstellung für eine Koalition von CDU/CSU und FDP für fast zwei Jahrzehnte das politische Bild der Bundesrepublik bestimmen würde. Erst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre stellte sich die SPD, unabhängig von der Wiedervereinigungsfrage und damit der Wiedergewinnung der alten Hochburgen, endgültig und entschlossen der Aufgabe, ihren Weg in die Regierungsverantwortung zu suchen.

(-/12.8.1974/bgy/ex)

+ + +

Augenmaß und Entschiedenheit in der Ostpolitik

Zum vierten Jahrestag des Moskauer-Vertrages vom 12. August 1970

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes und außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Der Streit um das Umweltbundesamt in Berlin wird häufig mit der Frage verbunden: "Was sind denn die Ostverträge wert?" Die Gegner der Verträge sehen ihr bedingungsloses "Nein" gerechtfertigt. Besonders die bayrische CSU, und an der Spitze ihr Vorsitzender Franz Josef Strauß, triumphieren. Am 12. August 1970, vor vier Jahren also, wurde der Moskauer Vertrag unterzeichnet. Es ist keine Verkleinerung des Streits um das Umweltamt in Berlin, wenn hier gewarnt wird, die Notwendigkeit und die Bedeutung des gesamten Vertragswerkes der Ostverträge wegen einer Kontroverse um diesen Amt infrage zu stellen. Dieser Streit ist - wie wir wissen - nicht die erste Hürde, er wird wahrscheinlich auch nicht die letzte sein. Die Entwicklung geregelter Beziehungen gerät jedoch immer dann in Gefahr, wenn bei Konflikten in Detailfragen das Augenmaß für den Stellenwert verloren wird.

Vier Jahre nach dem Moskauer Vertrag und vier Wochen nach Abschluß des Vertragswerkes durch die Ratifizierung des Vertrages mit Prag muß festgestellt werden: Es gibt nach wie vor keine Alternative zur Ostpolitik der sozialliberalen Koalition. Unsere Westpolitik bedurfte der Ergänzung durch die Ostpolitik. Ein Staat in der geographischen Lage der Bundesrepublik konnte nicht endlos ohne geregelte Beziehungen mit seinen östlichen Nachbarn leben. Die Verträge lagen im Interesse der Entspannungspolitik unseres stärksten Verbündeten USA. Sie entsprachen der Hoffnung aller europäischen Staaten, aber, denkt man an die Fortentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Osteuropa, sie lagen auch in unserem eigenen Interesse.

Daß die Ausfüllung komplizierter internationaler Verträge Schwierigkeiten bringt, ist heute in der Weltpolitik eine tägliche Erfahrung. Wir bleiben davon nicht verschont. Die Frage ist, ob es zu einer Eskalation

kommt, in der jede Seite mit Sicherheit die Möglichkeit hätte, mit neuen Gegenzügen zu antworten, denn die Palette der Vereinbarungen ist inzwischen zu breit. Möglichkeiten, den anderen Vertragspartner zu treffen, gibt es für beide Seiten genug. Es ist deshalb zu hoffen, daß sich jene durchsetzen, die sich um eine Beilegung des Konflikts bemühen.

Der harte Flügel der SED wird sich täuschen, wenn er meint, durch das, was man dort als starke Politik empfindet, internationales Ansehen zu gewinnen. Im Klartext: Daß es kommerzielle Menschenhändler in der Bundesrepublik gibt, ist schlimm und verwerflich, doch daß ihr Geschäft blühen kann, hat auch seinen Grund, und er findet sich nicht in der Bundesrepublik. Barbarische Gerichtsurteile gegen Fluchthelfer, mit einem Strafmaß, das an die Maßstäbe chilenischer Junta-Generale erinnert, sind in Genf bei der KSZE für den Neuling DDR keine Empfehlung. Hier wird die DDR rasch lernen, wie jener, der international noch kein Gesicht hat, ein ganz bestimmtes Gesicht erhalten kann.

In der Bundesrepublik und in Berlin sollte man die offensichtlich innere Schwäche der DDR nicht zum Anlaß nehmen, "Testfälle" zu fordern. Jene, die eine Bestätigung für die Bindung Berlins an den Bund durch die Ostverträge brauchen, sollten beachten, daß es inzwischen 16 vertragliche Vereinbarungen mit Ostblockstaaten gibt, in denen die Vertretung Berlins durch den Bund völkerrechtlich verankert ist. Vier weitere Vereinbarungen sind auf dem Ratifizierungswege im Bundestag. Die Vertretung Berlins durch den Bund ist in weiteren vertraglichen Vereinbarungen, die folgen sollen und über die man verhandelt, vorgesehen.

Dies beweist, daß es in der Frage des Umweltsatzes nicht um eine Frage des Alles oder Nichts gehen muß. Die Politik der nüchternen Entschiedenheit und des kühlen Augenmaßes sollte für uns deshalb den Vorrang haben. Die Zeit arbeitet gegen die Kalten Krieger auf beiden Seiten.

(-/12.8.1974/bgy/ex)

+ + +

Nationalistische Schmelzentöne

"Nationalzeitung" will Vertriebenenblätter aufkaufen

Der Herausgeber der "Deutschen National-Zeitung", Dr. Gerhard Frey, hat sich als Helfer in der Not empfohlen. Er hat in einem "persönlich-vertraulichen" Schreiben an Herausgeber von Organen der Flüchtlings- und Vertriebenenverbände seine Bereitschaft bekundet, mit ihnen "zu kooperieren oder sich zu vereinigen".

Die "Deutsche National-Soldatenzeitung" bedarf keiner Vorstellung. Sie verkörpert alles, was nationalistisch, antidemokratisch, antiliberal und rückwärtsgewandt ist. Sie wird in Ostblockländern oft als Beweis dafür zitiert, daß sich bei den Deutschen nicht viel geändert habe, und daß die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland unverbesserliche Kriegstreiber, Revanchisten und Europafeinde seien. Das ist natürlich ein Zerrbild, doch Dr. Frey arbeitet fleißig an seiner Mitgestaltung. Sein Ziel ist die Mobilisierung und Aktivierung des nationalistischen Bodensatzes unseres Volkes. Es passt in dieses Bild, daß sich der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß von den Aktivitäten eines Dr. Frey nicht ausdrücklich distanziert. Dies würde ihm auch schwer fallen, denn der von ihm herausgegebene "Bayernkurier" weist oft in Geist und Diktion nahe Nachbarschaft mit dem Frey-Blatt auf.

Für die so umworbenen Zeitungsherausgeber der Vertriebenenverbände und der Landsmannschaften ergibt sich nun die Gewissensfrage, und sie ist auch eine hochpolitische Frage, ob sie den materiellen Versuchungen eines Dr. Frey erliegen und seinen Schmelzentönen folgen sollen. Wollen sie sich zum Werkzeug eines Nationalismus degradieren lassen, der soviel Unheil über uns, über Europa und die Welt gebracht hat? Sich von einem NS-Herausgeber aufkaufen zu lassen, hieße der deutschen Demokratie den Kampf anzusagen.

Die Hoffnung, die Dr. Frey mit seinem Angebot verbindet, geht - das ist ein erfreulicher Tatbestand - an der bundesdeutschen Wirklichkeit vorbei. Die überwiegende Mehrzahl der Vertriebenen und Flüchtlinge hat am eigenen Leib durch ihr Schicksal die Auswirkungen eines irregulierten Nationalismus erfahren. Sie blicken nicht zurück, sie blicken nach vorn. Diesen Nationalismus neu beleben zu wollen, bleibt ein vergebliches Beginnen. Es findet schon gar kein Echo in unserer jungen Generation, die andere Vorstellungen über eine gesicherte friedliche Zukunft unseres Volkes hat als die "Deutsche Nationalzeitung". Auch die Übergroße Mehrheit unseres Volkes strebt und will die Verständigung mit allen Völkern, auch und gerade mit unseren östlichen Nachbarn. Sie hat genug von nationalistischer Großmannssucht. Nebenbei: Wer sind die Kapitalgeber, die es einem Dr. Frey ermöglichen, solches Angebot zu machen? Ihre Absichten sind uns schwer erkennbar. Daß sie nicht verwirklicht werden, bleibt die Aufgabe aller Demokraten, auch jener in der CSU/CDU und in den Verbänden der Vertriebenen.

(Wortlaut des Frey-Briefes vom 25. April 1974: "Sehr geehrte Herren! Die Kostenlawine zwingt viele Blätter zum Umdenken. Sollten Sie Überlegen, mit anderen Presseorganen zu kooperieren oder sich zu vereinigen, erbitten wir Ihr möglichst ausführliches Angebot, das selbstverständlich vertraulich behandelt wird. Mit freundlichen Grüßen. Dr. Gerhard Frey".) (Ex/12.8.1974/Vo/Ex)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Das Mekka der bundesdeutschen Maoisten"

Das Zentralorgan der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), "Unsere Zeit", veröffentlichte am 7. August 1974 unter diesem Titel einen größeren Beitrag zur "Klärung der Fronten im antiimperialistischen Kampf". Wir geben den Artikel im vollen Wortlaut (einschließlich der Zwischenzeilen) wieder, weil sein Inhalt besser, als das ein außenstehender Beobachter vermöchte, erstens den derzeitigen Stand der Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking wiedergibt, zweitens die volle Integration der DKP in das Moskauer Lager zeigt und drittens die innere Situation im "Linksaußen"-Bereich in der Bundesrepublik erkennen läßt.

"Das Mekka der bundesdeutschen Maoisten - sie werden nicht müde, es selbst zu beteuern - ist Peking, Mao Tse-tung ihr Gott. Die maoistische 'KPD' etwa berief sich auf ihrer jüngsten als Parteitag deklarierten Mitgliederversammlung auf den IX. und X. Parteitag der KP Chinas, deren politische Aussage sie sich als Grundlage der eigenen Politik voll zu eigen machen wolle. Zwischen den verschiedenen maoistischen Gruppen wird ein erbitterter Kleinkrieg ausgefochten. Kriegsziel: Jede Gruppe möchte den Anspruch auf das Banner der Mao Tse-tung-Ideen für sich allein.

Sie werden sich damit abfinden müssen, daß ihr Mekka, dessen Tore für sie bisher verschlossen geblieben sind, von anderen Leuten mehr und mehr frequentiert wird. In Peking geben sich Spitzenpolitiker des Westens, eingefleischte Entspannungsfreie und kalte Krieger, Einseitiger der Unterdrückung der Völker und der demokratischen Bewegung ihrer Länder die Klinke in die Hand. Nach Genscher, Henry Jackson und wie sie alle heißen, haben sich nun CDU-Kohl und CSU-Strauß in der chinesischen Hauptstadt angesagt.

Wir sprechen nicht gegen Kontakte und Gespräche bürgerlicher Politiker in sozialistischen Ländern, die der friedlichen Koexistenz und Zusammenarbeit dienlich sind, im Gegenteil. Was jedoch in Peking hinter den Mauern der einstmals verbotenen Stadt verhandelt wird, hat mit diesen Zielen nichts zu tun. Dort werden vielmehr Sprengsätze gegen alle Bestrebungen in der Welt gelegt, die auf Frieden, Demokratie und Fortschritt im antiimperialistischen Kampf gerichtet sind.

Solche politische Konterbande hatte der US-Senator Henry Jackson im Koffer, als er jüngst aus Peking zurückkehrte. Wie bürgerliche Massenmedien übereinstimmend melden, konnte dieser US-Senator die volle Zustimmung Pekings zu seiner Obstruktion der Abrüstungsverhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA melden. 'Hart bleiben', 'NATO stärken', gar nicht die 'amerikanische Präsenz' in irgendeinem Teil der Welt vermindern, diese Wünsche ließ Tschou En-lai über Jackson der westlichen Presse ausrichten. Dem israelischen Rundfunk zufolge - so die Nachrichtenagentur UPI - hat Tschou En-lai dem reaktionären US-Senator

auch erklärt, 'daß das kommunistische China an einer starken israelischen Position im Nahen Osten interessiert ist'.

Peking und der Henker Pinochet

So geraten die Maoisten in aller Welt, also auch bei uns, in das Dilemma, eine Politik verteidigen und gar als revolutionär ausgeben zu müssen, die in die Gesellschaft der erbittertesten Gegner des Sozialismus, in die Einheitsfront mit Strauß führt. Hieran eben ist der revolutionäre Anspruch zu messen.

Die DKP hat jüngst Fragen an die Anhänger maoistischer Gruppen veröffentlicht: 'Wer sich auf die Politik Mao Tsetungs beruft, kommt nicht darum herum, sich einige Fragen stellen zu lassen. Wir stellen sie, um im antiimperialistischen Kampf die Fronten zu klären'. Genau darum geht es.

Erinnerlich sind die Ereignisse im Sudan. Der sudanesischer Außenminister Khaled konnte sich gegenüber der Nachrichtenagentur MENA für die Sympathiedemonstrationen und die Glückwünsche bedanken, mit denen Peking den Massenmord an den Kommunisten des Landes honorierte.

Oder Bangla Desh: Als die westpakistanische Soldateska 3 Millionen Bengalen massakrierte, nannte Peking, das auch die Waffen geliefert hatte, dies 'nützliche Arbeit' (nachzulesen in Keesings Contemporary Archives, 15/22/5/72).

Daß all dies keine 'Ausrutscher' waren, an sich schon ein Unwort in diesem Zusammenhang, beweist das Beispiel Chile. Als der Bombenschutt in der Moneda noch nicht fortgeräumt war, da wurde dem Oberhenker Pinochet aus Peking die diplomatische Anerkennung auf dem Silbertablett serviert. Während der Sturm des Protests überall in der Welt anschwellte, wurde in Peking der Botschafter der UP des Landes verwiesen. Und wenig später begrüßte man dort den Putach als Maßnahme, die, wie die Agentur 'Nouvelles Chile' verlauten ließ, es in den Ländern Lateinamerikas erlaubt habe, die 'unheilvollen Infiltrations- und Sabotageversuche der sowjetischen Revisionisten auf dem Kontinent klarer zu erkennen' (NZZ, zitiert nach UZ, 19.2.1974). Ähnliche Aussagen standen zu dieser Zeit im Junta-Blatt 'Mercurio' neben den Listen, die die chilenischen Revolutionäre für vogelfrei erklärten. Nicht nur, daß Peking der Junta aus der internationalen Isolierung zu helfen suchte, es sperrte Asylsuchenden seine Botschaft und lieferte sie so den Schergen der Exekutions- und Folterkommandos aus: 'Hilfe verwehren nur die Botschaften Chinas, Japans, der USA und Großbritanniens' (Frankfurter Rundschau, 4.2.1974).

Sorgen mit der NATO geteilt

Und nun Pekings Haltung zu den Ereignissen in Zypern. Am 24. Juli schrieb die Beirutische Zeitung 'Al Shaab': 'Alle Staaten der Welt, mit Ausnahme der Volksrepublik China, haben ihre Haltung zu den Zypern-Ereig-

nissen gezeigt. China flüchtete sich davor, eine Meinung zu äußern oder die Verbrechen zu verurteilen, die von den griechischen Soldaten auf der Insel gegen die legale Regierung des Landes verübt wurden.

Auch die Pekinger Positionen zur jüngsten Entwicklung in Portugal sind von 'taktischer Zurückhaltung' gezeichnet. Angesichts der Pekinger Nibelungentreue gegenüber der NATO verdeckt dies nur schlecht, daß man sich dort ähnlichen Sorgen hingibt wie in den Stäben des aggressiven NATO-Blocks.

Hiesige Maoisten sind offensichtlich bemüht, die Sorgen der NATO zu verringern. Die Kommunisten Portugals, die Helden des illegalen Kampfes gegen den Faschismus, darunter Genossen, für die sich nach 20 Jahren zum ersten Male die Kerker öffneten, werden von der 'KPD/ML' so in der Legalität begrüßt: 'Nur im Kampf gegen diese Ver-
räter kann das portugiesische Volk seine Freiheit erringen' (Roter Morgen 18/74).

Tschou En-lai bezeichnete die NATO gegenüber der New York Times (29.10.73) als ein Militärbündnis mit 'defensivem Charakter'. Der stellvertretende chinesische Außenminister He Jing hält 'die Beteiligung der Türkei an der NATO und an der EWG... für die Freiheit äußerst nützlich' (Neue Zeit 3/74). So gab es für den CDU-Politiker Kiesinger auf dem vorletzten CSU-Parteitag Grund genug 'die Chinesen' als 'die besseren Europäer' zu loben.

So zeigt sich immer deutlicher: Linke, revolutionäre, fortschrittliche Politik ist nicht vereinbar mit der Berufung auf Peking. Mehr noch: Wer mit Peking durch dick und dünn geht, der wird, ob bewußt oder unbewußt, zum Verteidiger der NATO und der EWG, der steht in einer Einheitsfront mit den Kräften des Rüstungskapitals und des Faschismus, der beteiligt sich unter linker Maske an der Sabotage des Befreiungskampfes der Völker. Wer den Kapitalismus überwinden will, muß gegen den Maoismus kämpfen." (-/ 12.8.1974/ri/ex)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert